

zum Sonnabend abend beim Landtag noch nicht eingegangen. Er wird aber am Montag erwartet. Da andererseits der Landtag bereits am Mittwoch schließen will, so ist bestimmt damit zu rechnen, daß der

Auflösungsantrag nicht mehr vor den Ferien zur Behandlung kommt.

Nach Lage der Dinge muß mit einem weiteren sozialdemokratischen Auflösungsantrag gerechnet werden. Ob unter diesen Umständen der Landtag seinen Ferienplan, sich bis 10. Oktober zu verlagern, aufrechterhalten wird, ist noch zweifelhaft. Wahrscheinlich wird nur eine Verlagerung bis Anfang September erfolgen, so daß mit Neuwahlen Anfang November zu rechnen wäre.

Am stärksten betroffen sind die Demokraten, die alles versuchen, die 23 gegen die Entschiedenheit des Parteivorstandes aufzuheben. Die Zittauer Morgenzeitung schreibt:

Einstweilen ist der Beschluß des Parteivorstandes auch aus dem Grunde nicht fraglich zu nehmen, weil der Landtag bekanntlich am 10. d. M. in die Ferien geht und nicht vor Ende Oktober, möglicherweise erst Anfang November, wieder zusammentritt. Vor dem Herbst also wird diese Frage keineswegs entschieden werden, aber auch dann ist es natürlich noch sehr die Frage, ob die Entscheidung zugunsten der Landtagsauflösung fällt, denn die 23 haben ja nichts mehr zu verlieren und werden sich wohl kaum dem Diktat der Linken, denen sich nunmehr der Reichsparteivorstand, wenn auch in bedingter Form, angeschlossen hat, unterwerfen. Der Landtag würde ein normales Ende bekanntlich erst in den ersten Novembertagen des nächsten Jahres finden.

Das Leipziger Tageblatt schrieb am Sonntag, der Landtag wolle am 10. Juli in die Ferien gehen. Am nächsten Tage aber schreibt das Leipziger Tageblatt, der Landtag werde bereits am Dienstag, dem 7. Juli, seine letzte Sitzung vor den Ferien abhalten. Zu diesem Zwecke solle noch am Dienstag früh im Hausaltersrat das abschließende Etatgesetz fertiggestellt und mit in der Dienstsitzung des Plenums verabschiedet werden. Dieses keine Plänen der Demokraten hat freilich von vornherein ein Loch. Selbst wenn das Etatgesetz am Dienstag früh im Ausschuss fertiggestellt würde, könnte es nicht mehr am gleichen Tage im Landtagsplenum verabschiedet werden. Der Landtag kann demnach frühestens am Donnerstag einen Ferienbeschluß herbeiführen. An diesem Tage sind aber auch die Fristen erfüllt, die zur Behandlung des Auflösungsantrages erforderlich sind, so daß über diesen Antrag noch beschlossen werden muß.

Praktisch hängt die sofortige Beilegung des Sachsenkonfliktes nunmehr davon ab, ob die 23 dem Willen der Bürgerlichen oder der Entschiedenheit des Parteivorstandes folgen werden.

Wie wir erfahren, liegen dem Landtag bereits zwei Auflösungsanträge der Kommunisten und der Deutschnationalen vor. Damit ist die Auflösung gesichert, wenn nicht die 23 geschlossen gegen die Auflösung stimmen.

Am Dienstag findet in Dresden eine Sitzung der Landesinstanzen und der Fraktion unter dem Vorsitz des Parteivorstandes statt.

Ungeduldige Zollwucherer. Die Opposition soll abewirgt werden.

Im Handelspolitischen Ausschuss des Reichstages unternahm die Zollwucherer am Sonnabend einen Vorstoß, der aber an der Wachsamkeit der sozialdemokratischen Vertreter scheiterte. Genosse Sollmann hatte eben gegen die hohen Zollsätze im Kapitel „Steine und Erden“ der Zollvorlage gesprochen, als die Regierungsparteien durch den Abg. Horlacher (DVP) einen Antrag einbrachten, der die Debatte beenden und für die Spezialberatung die Redezeit auf fünf Minuten verkürzen wollte. Diese Provokation wurde auf der Linken mit stürmischem Protest beantwortet. Gen. Breitscheid führte aus, daß der Antrag Horlacher so recht die Profittier der Agrarier zeige, die ihre Beute nicht schnell genug in die Scherz bringen könnten. Die bürgerlichen Parteien möchten sich überlegen, welche Wirkung ihre Handlungsweise haben müsse. Die sozialdemokratische Fraktion behalte sich demgegenüber ihre Abwehrmaßnahmen vor. Im weiteren Verlauf der Aussprache, in der Genosse Henke nochmals den sozialdemokratischen Standpunkt gegenüber den Abwürgungsplänen der Regierungsparteien unterstrich, und der Zentrumsabg. Lammers zu vermitteln suchte, wurde der Antrag Horlacher zurückgezogen und die Debatte fortgesetzt.

Die eigentliche Sitzung begann mit einem Bericht des Abg. Schneider (DVP) über die Arbeiten des Unterausschusses für die Einsetzung einer Sachverständigenkommission zur Prüfung der Agrarzölle. Es wurde beschlossen, als Agrarwissenschaftler die Professoren Warmbold und Sering und als Betriebswissenschaftler die Professoren Alexhoe und Sagawa zu berufen. Den Vorsitz der Kommission soll Prof. August Müller übernehmen, dem Prof. Rabehege als Stellvertreter zur Seite steht. Dieser Ausschuss wird ergänzt durch Vertreter der Fraktionen des Reichstags. Von der Sozialdemokratie dürfen ihm die Genossen Hilferding und Georg Schmidt angehören.

Der Ausschuss legte dann die Beratungen über das Kapitel „Stein und Erden“ der Zollvorlage fort, wobei Gen. Sollmann bedauerte, daß im Gegensatz zu dem großen Interesse, das die breiten Massen des Volkes den Verhandlungen entgegenbringen, die Regierung ebenso wie die bürgerlichen Vertreter ziemlich teilnahmslos den Arbeiten des Ausschusses gegenüberstehen. Die deutsche Baustoffindustrie stehe am allerwenigsten unter dem Druck der Auslandskonkurrenz, könne infolge des Wohnungsmangels sogar eine sehr gute Konjunktur verzeichnen, die sie auch recht ausgiebig ausnütze. Im Wohnungsausschuss des Reichstags bestesse sowohl bei der Regierung wie bei den Parteien die Meinung, daß ein regelrechter Baustoffwucherer getrieben werde. Es sei daher nicht einzusehen, warum dieser Industrie noch ein besonderer Zollsatz gewährt werden müsse. Die sozialdemokratische Fraktion verlange, daß sich der Reichsarbeitsminister im Ausschuss über die Wirkungen der hohen Zollsätze für Baumaterialien auf dem Baumarkt äußere. Dann folgte der bereits gekennzeichnete Zwischenfall. Anschließend begründete Genosse Sender den sozialdemokratischen Antrag, den Präsidenten der Reichsbank als Sachverständigen über die etwaige Rückwirkung der Zollerhöhungen auf die Währung zu hören. In der Abstimmung wurden alle Versuche der Opposition, die Zollfrage zu ermäßigen, durch den geschlossenen Regierungsbund unmöglich gemacht. Die Genossen Frölich und Wiffel sprachen u. a. noch gegen den verhängnisvollen Einfluß der hohen Zölle auf den Baumarkt, während Gen. Sollmann sich am Schluß der Sitzung darüber beschwerte, daß die Regierung die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion einfach unbeantwortet lasse. Diese unwürdige Behandlung der größten Fraktion des Reichstags müßte die größten Schärpen in die Verhandlungen tragen.

Internationale und Sicherheitspakt.

Gegen Sonderverträge. Für die Grundzüge des Genfer Protokolls.

SPD. London, 4. Juli.
In der erweiterten Sitzung des Bureau der Sozialistischen Internationale, die am Sonnabend begann und an der Vertreter der deutschen, belgischen, französischen, deutschbaltischen, tschechischen, österreichischen und russischen Sozialdemokratie teilnahmen, folgte am Sonnabend eine Entschiedenheit zur internationalen Politik, in der es u. a. heißt:

„Die Internationale bekräftigt von neuem ihren entschlossenen Willen, von allen Regierungen Europas und der ganzen Welt eine Politik des Friedens zu verlangen, gestützt auf einen weiter ausgebauten und demokratisierenden Völkerbund. Die Internationale gibt nochmals der Auffassung Ausdruck, daß der Völkerbund alle Völker mit gleichen Rechten umfassen soll, und es für das Wohl Europas besonders wünschenswert ist, daß Deutschland und Rußland dem Völkerbund angeschlossen werden. Die Internationale stellt fest, daß alle ihr angeschlossenen Parteien darin einig sind, die Annahme des Genfer Protokolls in allen Parlamenten und seine Durchführung durch alle Regierungen zu fordern. Sie bekräftigt das Genfer Protokoll als den Ausdruck und die Verwirklichung des Völkerbundes und der Grundzüge allgemeiner Schiedsgerichtsbarkeit, die allen Völkern Sicherheit geben und der Welt die Abrüstung bringen kann.“

In Hinblick auf den Sicherheitspakt fordert die Internationale, daß alle Anstrengungen gemacht werden, um die endgültige Durchführung des Genfer Protokolls zu erlangen. Die Internationale fordert die angeschlossenen Parteien auf, solange bis ein Ergebnis nicht erzielt werden kann, darüber zu wachen, daß kein Teilvertrag abgeschlossen wird, der im Widerspruch zu den oben niedergelegten Grundzügen steht. Jene angeschlossenen Parteien, zwischen denen Übereinstimmung darüber erzielt wird, einen solchen Vertrag ins Werk zu setzen, werden darüber wachen, daß er im Rahmen und unter der Kontrolle des Völkerbundes geschlossen wird, daß er nicht gegen die Schiedsgerichtsbarkeit und die Abrüstung ausgeht und nicht gegen eine oder mehrere andere Mächte gerichtet wird. Mit Rücksicht auf die besonderen europäischen Verhältnisse werden die angeschlossenen Parteien insbesondere ermahnt, daß die zwischen Deutschland auf der einen und Polen und der Tschechoslowakei auf der anderen Seite abzuschließenden Schiedsgerichtsverträge nicht unter eine einseitige, sondern unter eine wirklich internationale Garantie gestellt werden. Die angeschlossenen Parteien werden die Beratung des Sicherheitspaktes zum Anlaß nehmen, um ihre Vorschläge zu machen und in den Parlamenten ihre Stellung gegenüber dem Genfer Protokoll zu betonen.“

Eine Stellungnahme der Internationale zu der Frage des Sicherheitspaktes war angesichts der schwebenden Verhandlungen zwischen den einzelnen Regierungen und der Erörterungen in den Parlamenten unumgänglich geworden. Die Entschiedenheit, die die Internationale in ihrer Bureausitzung gefaßt hat, hält nach wie vor an den Grundzügen fest, die dem Genfer Protokoll seinerzeit zugrunde gelegt worden sind: Schiedsgerichtsbarkeit, Abrüstung und Sicherheit. Schon zu jener Zeit, wo das Genfer Protokoll das Licht der Welt erblickte, bestand ein Unterschied zwischen den Grundzügen, von denen sich die englischen Sozialisten als Urheber des Protokolls feilen ließen und der praktischen Ausgestaltung, die das Protokoll in Gemäßheit zu den bestehenden weltpolitischen Machtverhältnissen erhalten hat. Auch damals mußte man sich schon darüber klar sein, daß für die Arbeiterklasse ein Eintreten für das Genfer Protokoll nur möglich sein könnte, wenn das Protokoll über den heutigen Rahmen des Völkerbundes hinausginge, wenn es das zu vollbringen imstande sei, was der Völkerbund in seiner gegenwärtigen Gestalt nicht hat erreichen können: einen allumfassenden Bund der Staaten und Völker zu schaffen. Schon damals war es klar, daß das Genfer Protokoll in dem Augenblick unannehmbar werden müßte, in dem es in einen Sondervertrag einer Gruppe von europäischen Mächten sich verwandeln würde, der seinem ganzen Wesen nach ein Vertrag gegen eine andere Macht oder eine andere Mächtegruppierung geworden wäre.

Die Gefahren, die in dieser Beziehung auch dem Genfer Protokoll schon innewohnen, sind in ein akutes Stadium getreten, seitdem das Protokoll von der Bildfläche der internationalen Erörterungen verschwunden und durch den Plan eines Sicherheitspaktes der größten europäischen Mächte ersetzt worden war. Die Frage des Sicherheitspaktes steht heute im Mittelpunkt einer jeden politischen Stellungnahme. Die Resolution der Internationale ist leider nicht so klar und eindeutig, wie es gerade infolge dieses Umstandes notwendig gewesen wäre. Soweit die Entwicklung der weltpolitischen Verhältnisse noch im Fluß ist, glaubte sich das Bureau der Internationale offenbar noch nicht imstande, eine einheitlich abschließende Stellungnahme zu dem Sicherheitsvertrage als einem Sonderbündnis einer Mächtegruppe anzunehmen zu können. Sie hat aber auf die Gefahren hingewiesen, die mit der Ausgestaltung des Gedankens des Sicherheitspaktes verbunden sind, und hat es den ihr angeschlossenen Parteien zur Pflicht gemacht, darüber zu wachen, daß diese zunächst noch verborgen sind und nicht klar in Erscheinung tretenden Gefahren das Proletariat nicht eines schönen Tages überraschen. Es wird daher Aufgabe der einzelnen sozialistischen Parteien sein, sich über den Gesamtkomplex des Sicherheitspaktes klar zu werden und eine endgültige Entscheidung den kommenden Kämpfen um den Sicherheitsvertrag gegenüber zu treffen.

Die gegenwärtige politische Konstellation erfordert insbesondere von der deutschen Arbeiterklasse eine eingehende Beachtung der weltpolitischen Entwicklung. Zunächst richtet sich hier die Aufmerksamkeit auf die Außenpolitik des Deutschen Reiches, insbesondere wie sie von der im Amt befindlichen Reichsregierung gehandhabt wird. Die Sozialdemokratische Partei verlangt von der Reichsregierung die Abgabe klarer Erklärungen über ihre Außenpolitik, bevor die Antwort auf die Briand-Note erteilt wird. Sie hat vorläufig das Ergebnis errungen, daß die Reichsregierung bereit ist, vor der Übermittlung der Zwischennote an die alliierten Mächte mit den Parteien Rücksprache zu nehmen. Die Forderung einer parlamentarischen Aussprache kann deswegen in keiner Hinsicht ausgegeben werden. Die Sozialdemokratische Partei bleibt darauf bestehen, daß die Reichsregierung, bevor sie zu entscheidenden außenpolitischen Schritten kommt, vor dem Reichstage erscheinen muß.

Inzwischen ist die Verwirrung in den der Regierung nahe stehenden Kreisen immer noch sehr groß. Vorderhand wird durch die Telegraphen-Union eine Erklärung der Deutschen Volkspartei verbreitet, wonach es nicht richtig sei, daß der Reichs-

außenminister sich den deutschnationalen Forderungen in Bezug auf die Beantwortung der Briand-Note gefügt habe. Die Grundlinien der deutschen Antwort sei von Stresemann schon am 21. Juni d. J. in einer Kabinetsitzung vorgetragen worden. Welches nach eldem die Stellung der Reichsregierung zu den schwebenden außenpolitischen Fragen ist, wird auch durch diese Erklärung keineswegs klar gestellt. Zugleich läßt die Deutschnationale Volkspartei eine Erklärung verbreiten, in der zunächst behauptet wird, der Reichsinnenminister stünde den offiziellen Veröffentlichungen seiner Partei gegen Stresemann fern. Weiterhin heißt es wörtlich:

„Herr Reichsminister Schiele und die deutschnationale Reichstagsfraktion haben bereits am 20. März d. J. ihre ersten und schweren Bedenken, wie sie sich schon aus der ihnen bis dahin gewordenen Kenntnis des Inhalts ergaben, mündlich und in einem Schreiben an den Herrn Reichsaußenminister zum Ausdruck gebracht. Sie haben dabei insbesondere die Veröffentlichung des Wortlauts des Memorandums von dem Herrn Außenminister erbeten. Dieser Bitte ist damals nicht entsprochen worden. Ein Anlaß zu weiteren Schritten, solange die Antwort der Alliierten nicht eingegangen war, lag, nachdem der prinzipielle Standpunkt der Deutschnationalen gewahrt war, um so weniger vor, als der Herr Außenminister die Veröffentlichung des Memorandums bei Eingang der von ihm in kurzer Frist erwarteten Antwort in Aussicht stellte.“

Damit bestätigen die Deutschnationalen, daß sie ihre sogenannten „ersten und schweren Bedenken“ in der Praxis zurückgestellt hatten, um ja nicht in die Verlegenheit zu kommen, den Wortlaut des Memorandums, das angeblich auch ihrem Vertrauensmann im Kabinett unbekannt war, kennenzulernen und gegen den außenpolitischen Kurs ihrer eigenen Regierung um so besser helfen zu können. Sie werden aber in absehbarer Zeit wohl doch Farbe bekennen müssen. Wahrscheinlich wird dazu auch das Mißtrauensvotum beitragen, das die Völkischen gegen den Reichsaußenminister eingebracht haben und das folgenden Wortlaut hat:

„Der Reichstag wolle beschließen: In Anbetracht der Tatsache, daß der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, das das Angebot des Sicherheitspaktes enthaltende Memorandum eigenmächtig und ohne Vorwissen des Kabinetts an auswärtige Regierungen gesandt hat, in Anbetracht der weiteren Tatsachen, daß er dann wochen- und monatelang das Kabinett und den Reichstag ohne Kenntnis des Wortlauts und des genauen Inhalts des Memorandums gelassen hat, und daß er so, entgegen dem Artikel 68 der Reichsverfassung, eigenmächtig eine neue außenpolitische Richtlinie inauauguriert hat, welche der deutschen Zukunft gefährlich und abträglich erscheint, entzieht der Reichstag dem Minister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, das Vertrauen.“

Wir sind gespannt darauf, wie sich die deutschnationale Fraktion aus der Falle ziehen wird, die ihr die Bundesgenossen von rechts gestellt haben. Leicht wird diese Aufgabe nicht fallen, und die Sozialdemokratie wird auch noch insbesondere dafür Sorge tragen, daß die deutschnationale „Erfüllungs“demagogie in das richtige Licht gestellt wird.

Gegenüber einem Artikel des Abgeordneten Reventlow, wonach die amtliche Uebersetzung den Notenwechsel, der während der Londoner Konferenz im vergangenen Jahre stattgefunden hat, in der Frage der Räumung der Ruhr bis zum 16. August falls wiedergegeben habe, wird vom Wolff-Bureau festgestellt, daß der fragliche Ausdruck vollkommen zutreffend dahin überlegt worden sei, daß die französische und die belgische Regierung innerhalb einer Höchstfrist von einem Jahre, vom 16. August 1924 ab gerechnet, die militärische Räumung des Ruhrgebietes vornehmen werden. Die These des Grafen Reventlow finde weder in dem Wortlaut der auf der Londoner Konferenz gewechselten Briefe noch in den Tatsachen eine Stütze, und werde zudem durch die Auslegung, die französischerseits diesen Briefen gegeben wird, widerlegt. Frischholz (Z. f. F. P. 6780 1234 6789 -) 1234 6789 678 678 890

Abbruch der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

SPD. Paris, 4. Juli.
Zwischen Staatssekretär Trendelenburg und dem französischen Handelsminister Chaumet hat am Sonnabend eine neue Aussprache stattgefunden, die zum Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich geführt hat. Die deutsche Delegation ist nämlich, wie erklärt wird, nach reiflicher Prüfung der neuen französischen Gegenanträge zu der Ueberzeugung gekommen, daß diese keine Grundlage für eine Verständigung bilden. Staatssekretär Trendelenburg hat infolgedessen die Erklärung abgegeben, daß er keine Möglichkeit mehr sehe, angesichts der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zum Abschluß eines Kommissens zu gelangen, das noch vor den parlamentarischen Ratifiziert werden könnte. Die beiden Delegationschefs werden am Montag noch einmal zusammenkommen, um darüber zu beraten, was bei dieser Lage noch geschehen kann. Die Ratifikation wird dadurch erschwert, daß die französische Regierung beabsichtigt, von der Kammer sofort nach ihrem Wiederzusammentritt im November die Beratung der neuen Zollgesetz-Novelle zu verlangen. Man rechnet damit, daß diese Debatte mehrere Monate in Anspruch nehmen wird, und es gilt als ausgeschlossen, daß in der Zwischenzeit die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen fortgesetzt werden können. Wenn auch noch kein endgültiger Beschluß vorliegt, so wird man sich doch schon darauf einstellen müssen, daß die neuen Verhandlungen kaum vor Frühjahr des nächsten Jahres wieder aufgenommen werden können und infolgedessen der vertragslose Zustand einstweilen unbegrenzt fortzudauern wird.

SPD. Paris, 6. Juli. (Radio.)
Ein vom französischen Handelsministerium veröffentlichter Bericht bezeichnet als Hauptgrund für den Abbruch der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen die Weigerung Deutschlands, Frankreich bei den Zöllen für Wein und wässrige Textilwaren entgegenzukommen.

Verstimmung in Spanien.
M. Madrid, 5. Juli.
Bei den katalanischen Großindustriellen und den Industriellen von Bilbao macht sich eine geheime Opposition gegen die bevorstehenden neuen deutsch-spanischen Handelsverhandlungen geltend. Die aus Deutschland eingezogene Meinung über eine mögliche Räumung des deutsch-spanischen Handelsvertrages hat einen ungünstigen Eindruck hervorgerufen.